

## Liebe Leserinnen und Leser,

viele werden sich sicherlich auch fragen: Was ist in der Welt gerade los? Strom, Gas und Heizöl werden immer teurer. Um nur drei Beispiele für steigende Preise bei generell zunehmenden Lebenshaltungskosten zu nennen.

Auf dem internationalen Parkett spitzt sich die Ukraine-Krise immer weiter zu. Russland gebärdet sich von Tag zu Tag aggressiver. Um die Ukraine zu unterstützen, hat das EU-Parlament Anfang dieser Woche weitere Milliardenhilfen genehmigt.

Hier ein O-Ton eines Kollegen aus Osteuropa:

„Putin geht es nicht um die NATO. Es geht um eine Entscheidung über Macht und Privilegien. Seine Vision ist eine Eurasische Union mit ihm als Chef. Wir haben keine Vorstellung über Putin. Wallfahrten nach Moskau schaden mehr als sie nützen. Wir befinden uns in einem historischen Augenblick und müssen geschlossen zusammenstehen.“



Lassen wir bei all den weltpolitischen Themen die persönlichen Schicksale vieler kranker Kinder nicht aus den Augen. Jedes Jahr erhalten in Deutschland rund 2.200 Kinder und Jugendliche die schreckliche Diagnose Krebs. Laut Deutscher Krebshilfe können heute vier von fünf der betroffenen Kinder geheilt werden. Das sind gute Nachrichten ja, aber: es versterben immer noch zu viele Kinder an der heimtückischen Krankheit.

Kindern, denen die Medizin nicht helfen kann, und deren Angehörigen stehen in dieser schlimmen Zeit Kinderhospizbegleiterinnen und Begleiter zur Seite. Den Hospizverein Roth habe ich unlängst besucht und mich über ihre wertvolle Arbeit informiert.

Für die EU ist der Kampf gegen den Krebs bei Erwachsenen und Kindern das wichtigste gesundheitspolitische Ziel. Deshalb haben wir diese Woche den BECA-Bericht verabschiedet. Dieser geht auf die großartige Initiative von Manfred Weber zurück.

Bleiben Sie zuversichtlich!

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### Meine Rede im Plenum zum Thema Tierwohl

Anlässlich des vorgestellten Berichts des französischen Abgeordneten Jérémy Decerle zur Überarbeitung der europäischen Tierwohl-Vorschriften habe ich mich in meiner Rede im Plenum klar für eine verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung in Europa und weniger Bürokratiehemmnisse für unsere heimischen Tierhalterinnen und Tierhalter ausgesprochen. Wir brauchen Fairness im Wettbewerb um Tierschutz und Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher!

Meine ganze Rede im Plenum finden Sie [hier](#) sowie [hier](#) die Pressemitteilung zum Thema.

### EU-Sicherheit und Russland

Die Lage an der russisch-ukrainischen Grenze ist äußerst alarmierend. Die Armee, die Russlands Präsident Putin an der ukrainischen Grenze zusammenzieht, ist größer als die Truppenstärke, die die Sowjetunion 1968 zur Niederschlagung des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei verwendet hat. Auch werden Blutkonserven an die Grenze gebracht - ein weiteres Zeichen dafür, dass die Lage hoch explosiv ist.

Die Sicherheitssituation in Europa bleibt fragil. Umso wichtiger ist es, dass Europa mit einer Stimme spricht und sich an die Seite der Ukraine stellt. Leider macht Deutschland in dem Konflikt bisher keine gute Figur, die Unterstützung Kiews durch die Bundesregierung ist unzureichend. Dass die sozialdemokratische Verteidigungsministerin zugesagt hat, 5000 Helme an die Ukraine zu liefern, hat Deutschland zum Gespött auf internationaler Ebene gemacht. Es darf deshalb nicht länger ein Tabu sein, der Ukraine Defensivwaffen zu liefern. Unsere gemeinsame europäische Pflicht ist die Unterstützung der Ukraine, die das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta hat.

Das EU Parlament debattierte diesen Mittwoch zur Lage in der Ukraine. Dabei hat es Hilfen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro für die Ukraine zugestimmt. Ziel ist es, rasche Unterstützung in einer akuten Krisensituation zu leisten und die Widerstandsfähigkeit der Ukraine zu stärken. Die Kredit-Nothilfe soll angesichts der Bedrohung durch Russland vor allem die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität der Ukraine sichern. Sie soll innerhalb eines Jahres in zwei Runden ausgezahlt werden. Nach Angaben der EU-Kommission hat die EU und der Ukraine seit 2014 bereits mehr als 17 Milliarden Euro in Krediten und Zuschüssen zur Verfügung gestellt.

Neben den Finanzhilfen haben sich auch die Abgeordneten im Europaparlament fraktionsübergreifend mit einer gemeinsamen Erklärung hinter die Ukraine gestellt. Darin fordern sie für den Fall eines Angriffs scharfe Sanktionen für Russland.

Unter Anwesenheit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat EVP-Fraktionsvorsitzender **Manfred Weber (CSU)** in seiner Rede im Plenum am Mittwoch betont, dass wir an der Seite der Ukraine stehen - „whatever it takes“. Dazu müssen wir ein starkes Signal der Solidarität aussenden, uns gesamteuropäisch außenpolitisch koordinieren und auch die Opposition in Russland unterstützen.

#### Hintergrund:

Moskau hat nach westlichen Angaben in den vergangenen Monaten mehr als 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen. Dies schürt die Furcht vor einem

möglichen Großangriff Russlands auf das Nachbarland. Die NATO stockt deshalb ihre Truppenkontingente in den östlichen Mitgliedstaaten auf. Die USA und weitere Verbündete liefern zudem Waffen an Kiew. Russland weist jegliche Angriffspläne zurück. Zugleich führt der Kreml ins Feld, sich von der Nato bedroht zu fühlen. Von dem Militärbündnis sowie von den USA fordert Staatschef Wladimir Putin umfassende Sicherheitsgarantien.

Die ganze Rede von Manfred Weber im Plenum finden Sie [hier](#).

## Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP)

Das Europaparlament bewertete diese Woche die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU im vergangenen Jahr. Dazu erklärt **David McAllister (CDU)**, Berichterstatter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine und die Entwicklungen in Afghanistan im Jahr 2021 haben gezeigt, dass wir die außen- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten der EU stärken müssen. Das Europäische Parlament will die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unserer Europäischen Union stärken, effizienter, handlungsfähiger und ebenso demokratischer und transparenter gestalten.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern mehr, nicht weniger, EU-Aktivitäten auf der globalen Bühne. Entscheidend ist der politische Wille der Mitgliedstaaten. Es gilt, Entscheidungsverfahren zu vereinfachen, unsere Abhängigkeiten bei kritischen Technologien zu verringern, Allianzen von Demokratien aktiv mitzugestalten, regionale Partnerschaften zu vertiefen und sicherheitsrelevante Fähigkeiten weiter auszubauen.“

## Reise des Auswärtigen Ausschusses in die Ukraine

Nach Abschluss der Reise des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments in die Ukraine erklären **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Bei der Mission des Europäischen Parlaments in die Ukraine haben wir uns ein genaues Bild von der aktuellen Lage vor Ort gemacht. Unsere Gesprächspartner haben uns die besorgniserregende Situation vor Augen geführt. In diesen unsicheren Zeiten stehen wir solidarisch an der Seite der Ukraine und ihren Menschen. Für uns steht fest: Die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Eine Verletzung der Sicherheit der Ukraine ist zugleich eine Verletzung unserer Sicherheit in der Europäischen Union.

Eine Lösung des Konfliktes kann nur auf diplomatischem Weg erzielt werden. Es gilt, durch Diplomatie und Dialog sowie auf Grundlage des Völkerrechts die Sicherheit in Europa zu bewahren. Gleichwohl hat das Europäische Parlament befreundete Staaten aufgefordert, ihre militärische Unterstützung durch Lieferung von Waffen zur Verteidigung zu verstärken, um den Preis einer möglichen Aggression für Russland zu erhöhen und zur Abschreckung beizutragen. Fragen der europäischen Sicherheit können nur mit den Europäern diskutiert werden. Die EU und ihre transatlantischen Partner haben deutlich gemacht, dass eine militärische russische Aggression zu einer entschlossenen Reaktion mit enormen Konsequenzen und hohen Kosten für Russland führen würde. Entscheidend ist, die Ukraine vor

dem Hintergrund russischer Destabilisierungsversuche zu unterstützen. Das Finanzhilfepaket der Europäischen Kommission in Höhe von 1,2 Milliarden Euro für die Ukraine ist das richtige Signal."

## Verteidigungspaket der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat ihr Verteidigungspaket vorgelegt. Dazu erklärt **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Mit den heutigen Vorschlägen liefert die EU-Kommission einen wichtigen Impuls zur weiteren Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion. Vor allem die angedachte Mehrwertsteuerbefreiung für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern bietet das Potenzial, den Mehrwert des Europäischen Verteidigungsfonds zur Finanzierung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben maßgeblich zu steigern. Gerade in der jetzigen Situation, in der wir in Europa mit der größten Bedrohung für den Frieden seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert sind, brauchen wir ein zügiges und entschlossenes Voranschreiten in der gemeinsamen europäischen Verteidigung.

Allerdings können Initiativen wie die heutigen Vorschläge lediglich einen Rahmen schaffen, für dessen gewinnbringende Nutzung letztlich der politische Wille der Mitgliedstaaten gefordert ist. Die Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO für nationale Verteidigungsausgaben und eine ausreichende finanzielle Ausstattung europäischer Initiativen sind dafür unerlässlich. Dazu gehört auch, dass sich die verteidigungspolitische Zusammenarbeit am europäischen Mehrwert orientieren muss. Gleichzeitig bedarf es voll handlungsfähiger europäischer Planungs- und Führungsstrukturen sowie der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses für die Herausforderungen und Bedrohungen Europas.

Entsprechend fordert das Europaparlament in seinem Jahresbericht zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der in dieser Woche verabschiedet werden wird, die Mitgliedsstaaten nachdrücklich dazu auf, das Potenzial europäischer Kooperation vermehrt zu nutzen. Nur so können wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Europas in einem sich zusehends verschlechternden Umfeld langfristig gewährleisten."

## Kampf gegen Krebs

Vermutlich jede Europäerin und jeder Europäer kennt jemanden in seinem Umfeld, der an Krebs erkrankt oder daran sogar gestorben ist. Krebs ist die häufigste Todesursache in der EU. Die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Europa seine Kräfte bündelt um gemeinsam Fortschritte beim Kampf gegen Krebs zu erreichen. Auf unsere Initiative hin hatte das Europaparlament dazu einen Sonderausschuss eingerichtet, der in den vergangenen anderthalb Jahren Vertreter der Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen sowie Experten zu den neuesten Entwicklungen und Erkenntnissen in der Krebsbekämpfung angehört hat. In dieser Woche wurde der Abschlussbericht des Sonderausschusses verabschiedet.

Wir konnten den Abschlussbericht des Ausschusses maßgeblich prägen. So fordert das Parlament mehr Ressourcen für die Krebsforschung, die Ernennung eines grenzüberschreitenden Krebs-Sonderbeauftragten, die Einrichtung eines Europäischen Marie-Sklodowska-Curie-Institut für Krebs-Forschung und eine Reform der Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, die bislang grenzüberschreitende Krebsbehandlungen leider nicht erleichtert. Auch eine gemeinsame europäische Beschaffung für teure neue Behandlungsformen von Krebs wird gefordert. Jedoch stellen wir uns gegen linke Forderungen, jede

Bier- oder Weinflasche künftig mit Krebs-Warnhinweisen oder womöglich sogar Schockbildern wie bei Tabakprodukten zu versehen. Mehr Aufklärung über gesunde Ernährung und verantwortungsvollen Genuss ist absolut notwendig, aber das geht auch ohne Schockfotos auf alkoholischen Getränken.

### Hintergrund:

Anderthalb Jahre hat der Sonderausschuss des Europaparlaments zu Krebsbekämpfung getagt. Der nun zur Abstimmung stehende Abschlussbericht fordert einen interdisziplinären und koordinierten Ansatz auf europäischer Ebene, um Ungleichheiten zwischen den Ländern zu verringern und das Leben von Krebspatienten und Genesenen zu verbessern. Das Europaparlament diskutierte diese Woche seine Position für den Kampf gegen Krebs. Der Abschlussbericht des zuständigen Sonderausschusses wurde verabschiedet.

Hierzu erklärt **Peter Liese (CDU)**, gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Grenzüberschreitende Forschung ist unerlässlich um den Krebs zu bekämpfen. Das gilt für alle Krebsarten, aber besonders für seltene Krebsarten und Krebs bei Kindern. Nur durch europäische Zusammenarbeit werden ausreichend schnell genügend Patienten, zum Beispiel für klinische Prüfungen, zusammenkommen, um zeitnah Innovationen in den Markt zu bringen. Die Forscherinnen und Forscher leiden aber an übermäßiger Bürokratie und unterschiedlichen Datenschutz-Regelungen in den Mitgliedstaaten. Dies muss sich dringend ändern. Darüber hinaus brauchen wir maßgeschneiderte Anreize, um die Entwicklung von Arzneimitteln für Kinderkrebs zu fördern und den Zugang zu grenzüberschreitenden klinischen Studien zu erleichtern.

Wir wollen auch, dass Behandlungen im Ausland einfacher erstattet werden. Schließlich kann es lebenswichtig sein, einen Experten im Ausland zu konsultieren, wenn etwa bei einer seltenen Krebsart im eigenen Land kein Spezialist vorhanden ist. Wir fordern deshalb eine Änderung der Richtlinie über Patientenrechte. Die Politik muss anerkennen, dass Krebspatienten keine Zeit für lange Rechtsstreitigkeiten haben.

Wir wollen zudem den Zugang zu wirksamen und preisgünstigen Arzneimitteln durch gemeinsame Ausschreibungen wie bei den Impfstoffen erleichtern. Dies ist insbesondere für kleinere und einkommensschwache Mitgliedstaaten extrem wichtig.

Es darf nicht sein, dass Menschen, die zum Beispiel als Kind oder Jugendliche Krebs gehabt haben, noch Jahrzehnte später diskriminiert werden, indem man ihnen etwa den Zugang zu Versicherungen oder Krediten erschwert. Dies muss sich ändern, auch durch konkrete Gesetzgebung z.B. im Rahmen der Europäischen Versicherungsrichtlinie. Wir erwarten jetzt von der EU-Kommission, dass unsere Ideen schnell in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.“

### Afrika-Positionspapier der EVP

Die EVP-Fraktion hat ihr Afrika-Positionspapier verabschiedet. Hierzu erklärt **Hildegard Bentele (CDU)**, Co-Autorin des Papiers und entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Afrika und Europa verfolgen ein gemeinsames Ziel: Wir wollen nachhaltige Volkswirtschaften und zukunftssichere Arbeitsplätze. Deshalb müssen wir die europäische und die afrikanische Wirtschaft besser zusammenbringen und bessere Rahmenbedingungen für Investitionen sowie für die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien schaffen. Entscheidend sind auch Fortschritte bei der regionalen Integration in Afrika. Hierbei sollte die

EU, die zuständig für die Handelspolitik ist und Expertise bei der Schaffung eines Binnenmarkts hat, aktiver werden als bisher. Die internationalen Partnerschaften der EU müssen dieses Ziel in vollem Umfang unterstützen und der politische Dialog deutlich verstärkt werden, denn die chinesische Konkurrenz ist groß.

Wir wollen, dass sich die EU und Afrika uneingeschränkt zu einer strategischen Partnerschaft verpflichten. Die frühere Geber-Empfänger-Beziehung hat ausgedient, jede Seite verfolgt eigene legitime Interessen und steht gleichzeitig in gegenseitiger Abhängigkeit zueinander. Die Beziehungen sollten auf Gegenseitigkeit, gemeinsamer Verantwortung und Solidarität fußen. Der Wunsch vieler Afrikanerinnen und Afrikaner nach einem Leben in Würde, nach politischer Partizipation, nach Stabilität und Frieden, nach Freiheit und Gleichberechtigung ist groß. Wir befürworten, dass die EU noch stärker als bisher all diejenigen die Hand reicht, die diese Werte umsetzen und damit Lebens- und Entwicklungschancen bieten.

Bei der Bewältigung sicherheitspolitischer Probleme kann die EU nur begrenzt unterstützen. Es ist unabdingbar, dass Afrika selbst für seine Sicherheit sorgt. Beim Kampf gegen den Klimawandel hat die EU nicht nur eine vertragliche, sondern aus christdemokratischem Verständnis heraus auch eine moralische Verpflichtung Afrika bei der Anpassung und beim Schutz systemischer Naturräume und der Erhaltung der Biodiversität zu helfen.“

#### **Hintergrund:**

Das [Positionspapier](#) listet zehn Bereiche mit Herausforderungen und Chancen für die EU und Afrika auf und schlägt Maßnahmen vor, um diese Chancen optimal zu nutzen und die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen.

### **Schutz des EU-Haushalts bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit**

Die Einführung eines Konditionalitätsmechanismus im EU-Haushalt war ein historischer Erfolg des Europäischen Parlaments zum Schutz des EU-Haushalts und der damit verbundenen Europäischen Rechtsordnung. Damit ist die Auszahlung von EU-Geldern endlich an rechtsstaatliche Grundprinzipien geknüpft. Dies war dringend erforderlich und wurde maßgeblich von CDU und CSU vorangetrieben. Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, die die Solidität der Haushaltsführung und europäische Finanzinteressen unterminieren, können damit wirksam sanktioniert werden.

Rechtlich ist der Mechanismus seit Anfang 2021 in Kraft, wird aber bislang noch nicht angewandt, da Ungarn und Polen dagegen vor dem EuGH geklagt haben. Am 16. Februar hat der EuGH Klagen Ungarns und Polens vollständig abgewiesen. Mit dem Urteil ist die letzte Hürde für die Anwendung gefallen. Wir appellieren an die Kommission als Hüterin der Europäischen Verträge, ihre Rolle nun vollumfänglich wahrzunehmen und den Mechanismus unverzüglich anzuwenden.

#### **Hintergrund:**

Das Urteil des EuGH zu den Klagen Ungarns und Polen gegen den Haushalts-Konditionalitätsmechanismus wurde am 16. Februar 2022 verkündet. Das Europaparlament hat dazu noch am selben Tag debattiert. Bereits am 2. Dezember 2021 hatte der Generalanwalt am EuGH seine Stellungnahme zu der Klage abgegeben und die volle Vereinbarkeit mit Europäischem Recht festgestellt.

Zum Urteil erklärt **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments:

"Dieses Urteil bestätigt endgültig unsere Rechtsauffassung. Ein besonderer Dank geht an die deutsche Ratspräsidentschaft, die eine Einigung nach langem Widerstand der Mitgliedstaaten gemeinsam mit dem Parlament erzielt hat. Diese Rechtssetzung hat nun auch einer umfassenden rechtlichen Prüfung des höchsten europäischen Gerichts uneingeschränkt standgehalten.

Mit dem heutigen Urteil ist die letzte Hürde für die Anwendung des Mechanismus ausgeräumt. Ich erwarte von der Kommission nunmehr ein zeitnahes und konsequentes Handeln. Die Europäische Kommission ist nun aufgerufen, alle 27 Mitgliedstaaten hinsichtlich der im Mechanismus aufgeführten Tatbestände zu überprüfen. In offensichtlichen Fällen, in denen nunmehr seit mehreren Jahren weitreichende Verstöße gegen die EU-Haushaltsordnung festzustellen sind, wie zum Beispiel nichtgeahndeten Subventions- und Ausschreibungsbetrug, den fehlenden Zugang zu oder völlige Gleichschaltung der Justiz und Repressalien gegen Richter und Staatsanwälte sowie Unterstützung oligarchischer Strukturen, muss die Kommission jetzt und unmittelbar handeln. Dabei kommt es allerdings nicht auf Tage oder Wochen an, sondern darauf, dass auch die erstmalige Anwendung den zu erwartenden rechtlichen Klagen standhält.“

## Überarbeitung der Spielzeug-Richtlinie

Gesundheitlich bedenkliche, schädliche oder gar giftige Chemikalien enthaltende Spielzeuge aus Drittstaaten, die nicht den EU Standards entsprechen, haben in Kinderhänden nichts zu suchen! Größtenteils gelangen sie über Online-Marktplätze direkt zu den Kindern.

Das Europaparlament beschloss am Mittwoch seine Position für eine Überarbeitung der Spielzeug-Richtlinie. Hierzu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, die im Binnenmarkt-Ausschuss das Dossier im Namen der EVP-Fraktion verhandelt hat:

„Wir müssen die anstehende Überarbeitung der Spielzeug-Richtlinie dazu nutzen, den Schutz von Kindern in der gesamten EU zu erhöhen. Noch immer enthalten viel zu viele Spielsachen, die aus Drittstaaten in die EU kommen giftige oder schädliche Chemikalien, die zu Krebs führen oder Genmutationen hervorrufen können. Solche unsicheren Spielzeuge haben in Kinderzimmern nichts zu suchen. Größtenteils gelangen sie über Online-Marktplätze direkt in Kinderhände.

Die EU-Vorschriften für die Sicherheit von Spielzeug müssen dringend verschärft und an die Realität angepasst werden. So machen neue wissenschaftliche Erkenntnisse oftmals schnelle Anpassungen von chemischen Grenzwerten nötig. Außerdem entstehen durch vernetzte Spielzeuge und Online-Vertriebswege neue Risiken, auf welche der Gesetzgeber im Zweifel rasch reagieren muss.

Wir fordern auch eine effizientere Rechtsdurchsetzung. Marktüberwachungsbehörden müssen mit angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um Frequenz und Wirksamkeit der Kontrollen zu erhöhen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Zollbehörden ist dabei essentiell. Aber auch die Online-Marktplätze müssen mehr dazu beitragen, die schwarzen Schafe aus dem Verkehr zu ziehen, sodass die Einfuhr von unsicherem Spielzeug wirksamer unterbunden werden kann. Nur so schaffen wir mehr Sicherheit für unsere Kinder sowie Rechtssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen.“

### Hintergrund:

Am 19. November 2020 hat die EU-Kommission die Evaluierung der Spielzeugrichtlinie vorgelegt, für Ende 2022 ist deren Überarbeitung vorgesehen. Die Reform ist nötig, um den

Anforderungen bezüglich chemischer Inhaltsstoffe sowie neuer Vertriebswege Rechnung zu tragen. Im vergangenen Jahr war jedes fünfte Produkt, das von der EU als gefährlich eingestuft und deshalb aus dem Verkehr gezogen worden ist, ein Spielzeug.

### Zukunftsperspektiven für Schweinehalter schaffen

Der Agrarausschuss hat sich mit Vertretern der EU-Kommission zum europäischen Schweinemarkt ausgetauscht. Wir Ausschussmitglieder forderten die Kommission auf, unsere europäischen Schweinebäuerinnen und Schweinebauern im Angesicht der immensen Herausforderungen wie Tiefstpreise, hohe Betriebskosten und weggefallene Großveranstaltungen zu schützen und ihnen Zukunftsperspektiven zu bieten.

Außerdem stellt die Afrikanische Schweinepest eine zusätzliche Gefahr für Tiere und Betriebe dar. Es braucht finanzielle Unterstützung und Seuchenbekämpfung auf europäischer Ebene!

Meine Pressemitteilung zum Thema lesen Sie [hier](#).

### Agrarpläne der französischen Ratspräsidentschaft

In unserem Agrarausschuss hat der französische Landwirtschaftsminister Julien Denormandie die Prioritäten für die Landwirtschaft während der Ratspräsidentschaft seines Landes vorgestellt. Unsere Landwirtinnen und Landwirte brauchen Zuversicht und positive Botschaften! Eine Überarbeitung der Gesetzgebung zu geografischen Angaben bei Nahrungsmitteln ist wünschenswert, weil sie unsere Traditionen, Esskultur und regionale Vielfalt hervorhebt. Die Ernährungssicherheit muss auch in Zukunft in Europa für Europa geschehen.

Sehr erfreulich war wie eindeutig sich der Minister zur Landwirtschaft bekannte und welche hohe Expertise er mitbrachte.

Meine Pressemitteilung zu den Plänen finden Sie [hier](#).

### Secure Connectivity Initiative der EU-Kommission

Die EU-Kommission stellte ihre Pläne für die "Secure Connectivity Initiative" vor. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Der Plan der EU-Kommission, eine schnelle und sichere Internetverbindung über Satelliten herzustellen, hilft uns, den digitalen Binnenmarkt zu realisieren. Mit Galileo und Copernicus hat die EU bereits bewiesen, dass wir Satellitensysteme auf die Beine stellen können. Für die ländlichen Räume könnte es hierdurch zu einem schnelleren Anschluss ans Internet kommen. Auch der klare Schwerpunkt auf Cybersicherheit in dem Vorschlag ist zu begrüßen. Wie bei fast allen Initiativen dieser Kommission wird es jedoch darauf ankommen, die enormen finanziellen Mittel, die dafür nötig sind, auch zu mobilisieren. Und die Bürgerinnen und Bürger werden nur profitieren, wenn die Dienste letztendlich bezahlbar sind.



Wichtig ist bei dieser Initiative außerdem, den industriellen Mittelstand einzubinden. Von dem Projekt darf nicht nur die französische Großindustrie profitieren, sondern auch kleinere und mittlere Unternehmen und Startups. In Deutschland und gerade in Bayern haben wir da großes Potential."

## Einigung über die Europol-Reform

Zur erzielten Trilog-Einigung über die Europol-Reform erklärt **Lena Düpont (CDU)**, innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Die heute erzielte Einigung ist ein entscheidender Schritt zu mehr Sicherheit in Europa. Terroristische und kriminelle Gruppen und kriminelle Netzwerke operieren digital und global. Sie kommunizieren über verschlüsselte Nachrichten, begehen Verbrechen über das Internet und finanzieren ihre Aktivitäten über internationale Finanzkanäle. Strafverfolgungsbehörden müssen in der Lage sein, diesen Machenschaften mit wirksamen Instrumenten zu begegnen. Der Austausch von Informationen und die Zulieferung von Daten aus den Mitgliedstaaten ist dafür Grundvoraussetzung.

Dringend erforderlich ist angesichts der geänderten Gefährdungslage zudem die Möglichkeit eines direkten Austauschs von Daten mit privaten Akteuren. Das gilt vor allem für die Bereiche Finanz- und Cyberkriminalität sowie bei sexueller Ausbeutung von Kindern. Häufig spielen Daten, die sich im Besitz privater Parteien befinden, eine entscheidende Rolle bei der Strafverfolgung. Natürlich muss Europol relevante Daten erhalten, speichern und darauf zugreifen können, wenn es in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden Verbrechen wirksam bekämpfen und für mehr Sicherheit sorgen soll. Das ist nicht nur der klare und demokratisch legitimierte Auftrag. Die Stärkung Europols ist angesichts der immer komplexeren Bedrohungslage geboten, wenn wir im Kampf gegen Kindesmissbrauch, organisierte Kriminalität und Geldwäsche nicht den Anschluss verlieren wollen.

Natürlich sind bei der Verarbeitung personenbezogener Daten Grundrechte und die verfassungsrechtlichen Anforderungen an Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit zu wahren. Genau aus diesem Grund arbeitet die Agentur in engem Austausch mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten fortlaufend an der Umsetzung der Empfehlungen. Durch einen einseitigen Fokus auf Datenschutz darf die wichtige Arbeit der Ermittlungsbehörden allerdings nicht zum Erliegen kommen. Die heutige Einigung stellt ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Sicherheit und der Privatsphäre der Bürger her und schafft die Voraussetzungen dafür, um Europol an ein verändertes Bedrohungsumfeld im digitalen Zeitalter anzupassen.“

## Einigung über die Eurovignette

Das Europaparlament hat grünes Licht für die Eurovignette gegeben. Hierzu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses:

„Es ist gut, dass wir nach langen und schwierigen Verhandlungen den Prozess nun nach fünf Jahren abschließen können.

Aus deutscher Perspektive ist besonders die Mautausnahme für Handwerker ein wichtiger Erfolg. Die EU-Staaten dürfen selbst entscheiden, ob sie Fahrzeuge zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen, die nicht im Transportgewerbe tätig sind, von der Maut ausnehmen. Diese prag-

matischen Ausnahmeregelungen sind eine gute Nachricht. Schließlich transportieren Handwerker keine Güter, sondern fahren zu Baustellen oder Kunden. Gerade Handwerksbetriebe im ländlichen Raum wären in Deutschland aufgrund des großen Mautnetzes übermäßig finanziell belastet worden. Das haben wir Christdemokraten erfolgreich verhindert. Alles andere wäre den vielen klein- und mittelständischen Unternehmen auch nicht zumutbar gewesen.“

#### **Hintergrund:**

Mit der neuen Richtlinie wird das System der Vignetten, die für einen bestimmten Zeitraum gekauft werden, auf den größten europäischen Autobahnen ab 2029 durch streckenabhängige Maut ersetzt. Dies soll für Lkw, Busse, Kleintransporter und andere schwere Fahrzeuge gelten. Außerdem sollen unterschiedliche Straßengebühren je nach CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Lkw und Busse erhoben werden. Je geringer der CO<sub>2</sub>-Verbrauch ist, desto niedriger die Maut.

### **Der „Chips-Act“ der EU-Kommission**

Die EU-Kommission hat ihren "Chips-Act" präsentiert. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

"Es ist überfällig, der weltweiten Halbleiter-Krise mit entschlossenen Maßnahmen zu begegnen und die europäische Mikrochip-Produktion anzukurbeln. Ohne verlässliche Versorgung mit Halbleitern werden Förderbänder in Europa künftig immer öfter stillstehen. Das können wir uns nicht leisten. Alle industriellen Zukunftsbereiche, ob künstliche Intelligenz, autonomes Fahren, Industrie 4.0 und auch intelligente Energiesysteme sind ohne die passenden Halbleiter nicht machbar, aber auch alltägliche Elektronik benötigt sie. Kurz: unsere Wertschöpfung hängt ganz maßgeblich von Mikrochips ab, und Europa muss sich deshalb in dieser Schlüsselindustrie behaupten.

Die von der Kommission vorgeschlagene Schwerpunktlegung auf innovative, hochmoderne Chips, die bislang nicht in Europa produziert werden, ist vernünftig. Europa muss gegenüber den USA und China aufschließen, vor allem bei state-of-the-art Halbleitern. Dies wird ohne die Investitionen im mittleren zweistelligen Milliardenbereich nicht gehen. Dass dafür eine Umkehr in der bisherigen Beihilfepolitik eingeleitet wird, ist allerdings ein politisches Experiment. Wir dürfen damit dem Staatsdirigismus nicht Tür und Tor öffnen. Deshalb müssen wir uns genau ansehen, wann eine Lockerung des Beihilferechts für Chiphersteller in Frage kommt.

Vorgeschlagene Durchgriffsrechte, nach denen von der EU subventionierte Unternehmen in Notlagen zu Lieferungen an bestimmte Branchen gezwungen werden könnten, dürfen nur Ultima Ratio sein. Der Chips Act darf jedenfalls nicht dazu führen, dass wir uns vom Weltmarkt abkoppeln. Aber wir müssen auch anerkennen, dass es eine ‚Geopolitik der Lieferketten‘ gibt."

### **Standardisierungsstrategie der EU-Kommission**

Die EU-Kommission hat ihre Standardisierungsstrategie vorgestellt. Dazu erklärt der binnenmarktpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, **Andreas Schwab (CDU)**:

"Die großen Pläne der Kommission für die europäische Normung sind eine gute Nachricht. Das ist auch nötig, weil das derzeitige System nicht mehr funktioniert. Allerdings ist es vor

allem die Kommission, die dafür Verantwortung trägt, indem fertige Standards oft erst mit großer Verspätung im Amtsblatt veröffentlicht werden. Bevor wir uns neuen Vorhaben widmen, sollten wir dafür sorgen, dass das bestehende System funktionsfähig ist."

### Hintergrund:

Standards sind von größter Bedeutung für den Binnenmarkt und schaffen Rechtssicherheit. Eine europäisch geprägte Norm macht es für hiesige Unternehmen leicht, Produkte in alle Welt zu verkaufen. Die meisten Standards werden von Unternehmen selbst ausgearbeitet und in Normungsorganisationen abgestimmt. Nur in einem letzten Schritt macht sich die EU einige der Standards zu eigen, indem diese im Amtsblatt veröffentlicht werden. Im Mai 2021 forderten 17 Mitgliedstaaten die Kommission auf, fertige Standards schneller im Amtsblatt zu veröffentlichen, da es vermehrt zu Verzögerungen kommt. Um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu steigern, müssen neue Standards und technische Vorschriften entwickelt werden, während sich die EU zugleich stärker in internationalen Standardisierungsorganisationen einbringen muss. Das soll die vorgestellte Standardisierungsstrategie sicherstellen.

## Mein Mittelfranken

### Kinder trauern anders - Mein Besuch beim Hospizverein im Landkreis Roth

Anlässlich des Tags der Kinderhospizarbeit am 10. Februar habe ich den Hospizverein im Landkreis Roth besucht. Dort leisten die Hospizbegleiterinnen und -begleiter ehrenamtlich unglaublich wertvolle Unterstützung für Erkrankte und deren Angehörige. Auch Geschwisterkinder, die oftmals ganz anders mit der Trauer umgehen, finden dort geschulte Ansprechpartnerinnen und -partner.

Für die wertvolle Arbeit meinen großen Dank und Respekt!

Meine Pressemitteilung zum Besuch finden Sie [hier](#).

### Brüssel-Berlin-Bayern: Gemeinsames CSU-Bürgerbüro in Roth

Ganz offiziell, mit neuem Schild und allem Drum und Dran hat Ralph Edelhäuser als Bundestagabgeordneter sein Bürgerbüro in den „CSU-Räumlichkeiten“ in Roth bezogen. Aus der bisherigen Bürogemeinschaft Brüssel und Bayern mit Volker Bauer wird ab sofort Brüssel - Berlin - Bayern. Wir freuen uns, dass wir die Bürgerinnen und Bürger weiter auf allen politischen Ebenen vertreten dürfen. Das ist eine großartige Chance.

Öffnungszeiten des Bürgerbüros:  
Mo-Fr 8:00 - 16:00 Uhr  
Abgeordnetengespräche nach Vereinbarung

Kontakt:  
Kugelbühlstraße 9  
91154 Roth  
Tel.: +49 (0) 9171-1377  
Fax: +49 (0) 9171-87003  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)



Bildquelle: Robert Schmidt

## Gratulation an Claudia Lux!



Bei meinem Besuch in Roth hatte ich endlich Gelegenheit der lieben Claudia Lux persönlich zum neuen Amt der zweiten Bürgermeisterin der Stadt Roth zu gratulieren.

Claudia setzt sich seit vielen Jahren für die Belange der Rother Bürgerinnen und Bürger ein und hat sich mit ihrer Arbeit um das Gemeinwesen verdient gemacht. Für die Bewältigung ihrer neuen Aufgabe wünsche ich ihr viel Kraft, Erfolg und eine glückliche Hand bei allen Entscheidungen. Und nicht zu vergessen: immer viel Freude.

## Die Energiepreise müssen sinken!

Strom, Gas und Heizöl werden immer teurer. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen oder für Berufspendler sind die Kosten eine riesige Herausforderung. Für unsere bayerischen Unternehmen sind die Strompreise mittlerweile ein großer Wettbewerbsnachteil und auch der Mittelstand gelangt an seine Belastungsgrenze. Gemeinsam mit dem CSU-Kreisvorsitzenden Nürnberger Land und Landtagsabgeordneten Nobert Dünkel und dem Bundestagsabgeordneten Ralph Edelhäußer plädiere ich deshalb für eine rasche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und unterstütze das Maßnahmenpaket der CSU-Landesgruppe. Auch die EU-Kommission muss dazu beitragen und den Ausbau erneuerbarer Energien weiter fördern und die Abhängigkeit von russischem Gas verringern.

Die Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

## Besuch im Schmankerl-Laden in Engelthal

In Engelthal habe ich Erika Herrleins Schmankerl-Laden besucht. Unglaublich, mit welchem Engagement, Überzeugung und Zähigkeit ein kleiner, privat geführter Laden für die Versorgung der (enheimischen) Bevölkerung sorgt! Eine Initiative, die man unterstützen muss.

Meinen Instagram-Post zum Besuch finden Sie [hier](#).

## Herzensangelegenheiten

### Marlene Mortler Meets - Meine Gesprächsreihe mit Abgeordnetenkolleginnen und Kollegen

Wie sind deutschsprachige Mitglieder des Europaparlaments aus anderen Ländern eigentlich in das EU-Parlament gekommen? Wofür setzen sie sich ein? Und warum sprechen sie so gut deutsch?

Über diese Themen spreche ich mit Kolleginnen und Kollegen in meiner Videoreihe „Marlene Mortler Meets“. Wir möchten damit die Verbundenheit der Personen, die ihre Regionen vertreten, demonstrieren und Politikerinnen und Politiker näher an die Wählerschaft bringen. Dabei wird es auch persönlich: von Kindern über Neujahrswünsche bis hin zu Sternzeichen geben meine Gesprächspartnerinnen und -partner Einblicke in ihre Arbeit und ihr Leben.

Die **neueste Folge mit meiner Kollegin Roza Thun und Hohenstein aus Polen**, sowie alle anderen Folgen zu „Marlene Mortler Meets“ finden Sie auf meiner [Website](#) unter der Rubrik „Im Gespräch“.

### #eucanbeatcancer

Jedes Jahr erkranken in Deutschland rund 2.200 Kinder und Jugendliche an Krebs. Die häufigsten Formen sind Leukämien, Hirn- und Rückenmark-Tumore sowie Lymphknotenkrebs. Laut Deutscher Krebshilfe können heute vier von fünf der erkrankten Kinder geheilt werden. Das sind auf der einen Seite gute Nachrichten. Dennoch, es versterben immer noch Kinder an der fiesen Krankheit.

Die Krebsbekämpfung - bei Kindern und Erwachsenen - ist eines der wichtigsten Ziele der EU-Kommission im Gesundheitsbereich. Wir dürfen nichts unversucht lassen, um diese heimtückische Erkrankung zu überwinden.

#eucanbeatcancer

[Hier](#) finden Sie den Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung.



Bildquelle: Martin Lahousse

## Lesenswert

### **EuGH-Urteil zur Klage Ungarns und Polens - jetzt muss von der Leyen durchgreifen!**

Der Europäische Gerichtshof weist die Klage Ungarns und Polens gegen die Rechtsstaatsklausel im EU-Haushalt ab. Damit kann die Kommission Rechtsstaatssündern künftig die Gelder kürzen. Doch die Hürden bleiben hoch. Voraussetzung ist, dass sich die Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundwerte negativ auf die Verwendung von europäischen Geldern in den jeweiligen Mitgliedstaaten auswirken. Die Kommission muss nun zeitnah und konsequent handeln!

Den interessanten Artikel der WELT zum Thema lesen Sie [hier](#).

### **Aus Sicht der Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen**

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen aus ihrer Sicht zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

## **Ukraine-Konflikt: EU setzt auf Abschreckung und Dialog**

Der Januar war geprägt von hochrangigen Krisentreffen zur Deeskalation des Ukraine-Konflikts. Bei dem Gymnich-Treffen am 13. und 14. Januar 2022 in Brest beschlossen die EU-Außenminister einen Zehn-Punkte-Plan zum Umgang mit Russland. Dieser betont, dass die EU offen für den Dialog mit Moskau sei, aber gleichzeitig massive wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen für einen möglichen Angriff auf die territoriale Integrität der Ukraine vorbereite. Ferner sicherte die EU der Ukraine Unterstützung in der Abwehr von Cyberangriffen und Sofortkredite zu.

„Es gibt keine Sicherheit in Europa ohne die Sicherheit der Ukraine“, betonte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell bei seiner mehrtägigen Ukraine-Reise Anfang Januar 2022. Borrell setzte die transatlantische und multilaterale Koordinierung fort. So führte er unter anderem Gespräche mit dem US-Außenminister Antony Blinken und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekräftigte in ihrer Rede beim Weltwirtschaftsforum am 20. Januar 2022, dass sich die EU gegen „russische Versuche, Europa in Einflussphären aufzuteilen“ wehre.

## **Von der Leyen verurteilt Gewalt in Kasachstan**

In der ersten Januarwoche kam es zu schweren Ausschreitungen in Kasachstan, die am 5. Januar 2022 in der Stadt Almaty ihren Höhepunkt fanden. In Folge der Proteste entließ Präsident Kassym-Jomart Tokajew die gesamte Regierung und bat Russland im Rahmen des gemeinsamen Verteidigungsbündnisses (OVKS) um militärische Unterstützung. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen rief zum Ende der Gewalt und zur Zurückhaltung auf. „Die Europäische Union ist bereit zu helfen, wo sie kann“, fügte sie bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron hinzu. Auslöser der Konflikte war unter anderem der Ärger über massiv gestiegene Flüssiggaspreise.

## **Afghanistan: Weitere Unterstützung und Wiederherstellung einer EU-Präsenz**

Die EU kündigte am 18. Januar 2022 die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung mit Projekten in Höhe von € 268,3 Mio. an. Die Projekte werden über Organisationen der Vereinten Nationen durchgeführt. Im Mittelpunkt steht die Aufrechterhaltung des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Existenzsicherung sowie Hilfen im Zusammenhang mit Flucht und Migration. Hierbei steht das Ziel, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, im Fokus. Für die Koordinierung humanitärer Hilfe wird eine Minimalpräsenz der EU in Kabul wiederhergestellt. Die EU unterstreicht, dass dies jedoch in keiner Weise die Anerkennung der de-facto Regierung der Taliban darstellt. Die Lage in Afghanistan griff der EU-Sondergesandte für Afghanistan, Tomas Niklasson, bei einem dreitägigen Treffen auf, das mit einer Taliban-Delegation in Oslo vom 23. bis 25. Januar 2022 stattfand.

## **Humanitäre Hilfe: EU erhöht Budget für das Jahr 2022**

Die Europäische Kommission billigte Mitte Januar 2022 ihr jährliches Budget für humanitäre Hilfe. Der EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, konstatierte, dass sich der humanitäre Bedarf wesentlich verstärkt habe. So stellt die EU für das Jahr 2022 insgesamt € 1,5 Mrd. zur Verfügung im Vergleich zu € 1.4 Mrd. in 2021 und € 900 Mio. in 2020. Die EU-Unterstützung widmet sich der Bewältigung aufkommender und bestehender Krisen im Rahmen anhaltender Konflikte und Gewalt sowie den Auswirkungen des Klimawandels und von Naturkatastrophen. Sie ist geografisch konzipiert unter

Bezugnahme auf Sub-Sahara Afrika mit € 469 Mio., die MENA-Region mit € 351 Mio., Asien und Lateinamerika mit € 188 Mio. und ebenso auf Südosteuropa und die Europäische Nachbarschaft mit € 152 Mio. Ferner werden € 370 Mio. als Krisenreaktionsinstrument bereitgestellt.

### **EU-Afrika-Beziehung bildet Schwerpunkt der französischen Ratspräsidentschaft**

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die EU bei seinem Besuch im Europaparlament am 17. Januar 2022 zu einer neuen Allianz mit Afrika aufgefordert. Er betonte, die Schicksale der beiden Kontinente seien eng miteinander verbunden. Paris möchte die Handelsbeziehungen zu afrikanischen Ländern ausbauen und neue wirtschaftliche sowie finanzielle Vereinbarungen treffen. Ferner müsse die EU und Afrika bei Migration, Gesundheit und Klima enger zusammenarbeiten, wie Macron anmerkte. Diese Themen werden auch bei dem Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union am 17. und 18. Februar 2022 auf der Agenda stehen.

### **EU leitet WTO-Verfahren gegen China aufgrund des Handelsstreits mit Vilnius ein**

Am 27. Januar 2022 hat Brüssel ein Streitbeilegungsverfahren gegen China bei der Welthandelsorganisation (WTO) eingereicht. Grund dafür sind Handelsbeschränkungen gegen Litauen, mit denen China auf die Eröffnung einer taiwanischen Vertretung unter eigenem Namen in Vilnius im November 2021 reagierte. Valdis Dombrovskis, EU-Kommissar für Handel, erklärte, dass Chinas Maßnahmen die Integrität des europäischen Binnenmarkts bedrohen und gegen die WTO-Regeln verstoßen. Gleichzeitig betonte der Kommissar, die EU werde diplomatische Bemühungen fortsetzen.

### **Sezessionsbestrebungen in Bosnien-Herzegowina werden konkreter**

Seit dem Dayton-Abkommen - das 1995 den Bosnienkrieg beendete - ist die Lage in Bosnien-Herzegowina weitgehend friedlich. Im Dezember letzten Jahres wurden die Abspaltungspläne der Republika Srpska (RS), die mehrheitlich von bosnischen Serben bevölkert ist, jedoch immer konkreter. Milorad Dodik, der Führer der bosnischen Serben, brachte den Aufbau einer eigenen Armee und eines eigenen Justizsystems ins Gespräch. Der Beschluss zu einem schrittweisen Rückzug aus den gemeinsamen Institutionen wurde in einer Sitzung der Nationalversammlung gefasst, die vom EU-Erweiterungskommissar Oliver Varhelyi ausdrücklich begrüßt wurde. In einem Brief forderten im Anschluss 30 Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen des Europäischen Parlaments von der Kommissionsspitze eine abgrenzende Stellungnahme von den Aussagen Varhelyis, sowie eine Aufarbeitung des Vorfalls. Zuvor war bereits beim Treffen der Ständigen Vertreter am 10. Januar 2022 über das weitere Vorgehen diskutiert worden.

### **EU-Außenpolitik: Libyen und Syrien im Fokus des EU-Außenministertreffens**

Beim Treffen der EU-Außenminister am 24. Januar 2022 stand neben der prekären Sicherheitslage im Russland-Ukraine-Konflikt eine Aussprache über Libyen auf der Agenda. Der EU-Außenrat vertrat die Ansicht, dass nach den verschobenen Wahlen vom Dezember 2021 eine Einigung auf einen neuen Wahlkalender erfolgen und die EU die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission prüfen sollte. Ferner beriet der Rat über Syrien im Rahmen einer Unterrichtung durch den Sondergesandten der Vereinten Nationen, Geir Pedersen. Die Außenminister bekräftigten die Forderung nach einer politischen Lösung und einem geordneten Übergangsprozess. Zudem wies man darauf hin, dass im Mai 2022 die sechste Brüsseler Syrien-Konferenz unter Einbeziehung gleichgesinnter Partner vorgesehen

sei. Weitere Tagesordnungspunkte betrafen die Lage in Mali, wobei die Minister eine politische Einigung über Sanktionen erzielten, sowie den Staatsstreich in Burkina Faso, der verurteilt wurde.

### **Neue Europäische Asylagentur nimmt Arbeit auf**

Am 19. Januar 2022 nahm die EUAA (European Union Agency for Asylum) ihre Arbeit auf. Im November des letzten Jahres war ihr Mandat vom Europäischen Parlament verabschiedet worden. Die neue Agentur ist das Ergebnis des neuen Asyl- und Migrationspaktes, der laut Kommission einen Neuanfang in Fragen von Flucht und Asyl begründen soll. Die EUAA ersetzt das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, dessen Mandat weniger stark war, als das der neuen Agentur. Das Ziel ist, dass EU-Standards angeglichen und Asylentscheidungen schneller und fairer getroffen werden. Rund 500 Experten der Agentur sollen die Mitgliedstaaten bei den Asylverfahren und deren Vorbereitung unterstützen. Zudem überwacht die Agentur die operative und technische Anwendung des EU-Asylrechts durch die Mitgliedstaaten.

---

### **Kontakt:**

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rebekka Olbrich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.